

PALÄSTINA-INFO



© Anne Paq/ActiveStills



**Antisemitismus • Gazastreifen • Locarno • Drohnen •
Wahlen in Israel • FIFA • Westsahara • Apartheid**

Editorial

Die Situation im Gazastreifen wird immer unerträglicher, die Bevölkerung fühlt sich zu Recht von der Staatengemeinschaft im Stich gelassen. Schlimmer noch: Mit dem Kauf von Drohnen belohnt die Schweiz die israelische Rüstungsindustrie für ihr skrupelloses Vorgehen. Gleichzeitig schickt sich das Filmfestival in Locarno an, die Rolle der staatlichen israelischen Kulturpolitik zu beschönigen. Für eine bescheidene finanzielle Unterstützung durch den Israel Film Fund werden jegliche moralischen oder politischen Prinzipien über den Haufen geworfen. Beides ist eine Ohrfeige ins Gesicht der palästinensischen Bevölkerung, die Staaten, Organisationen, Unternehmen und couragierte Menschen weltweit auf-

ruft, Israel durch Sanktionen, Boykotte und Desinvestitionen (BDS) sowie Strafverfahren zur Verantwortung zu ziehen.

Vor zehn Jahren wurde die palästinensische BDS-Kampagne lanciert, und sie breitet sich seither weltweit rasant aus. Für uns ist es eine zentrale Kampagne, um die politischen Rahmenbedingungen in Israel zu ändern und die Grundrechte der palästinensischen Bevölkerung durchzusetzen. Ein Teil der laufenden Aktivitäten ist in dieser Nummer dokumentiert. Weitere Vorschläge finden sich auf der Website von BDS Schweiz (www.bds-info.ch).

Wie immer hängt die Wirksamkeit von Kampagnen auch davon ab, wie viele Menschen sich selbständig

engagieren und PolitikerInnen, Unternehmen, Kultureinrichtungen und Organisationen herausfordern, ihre Komplizenschaft mit der israelischen Politik und deren Verharmlosung.

Ab dieser Ausgabe wird das Palästina-Info neu auch auf Französisch erscheinen. Teilen Sie uns mit, wenn Sie das Heft regelmässig beziehen oder anderen Personen zukommen lassen wollen.

Für alle eingegangenen Spenden möchten wir uns herzlich bedanken. Sie erlauben uns, die Zeitschrift herauszugeben, Veranstaltungen zu organisieren und Materialien für die laufenden Kampagnen zu erstellen.

Wir hoffen, ein informatives Heft gestaltet zu haben!

Der humanitäre Preis der Drohnen



Blockade am Waffenplatz Thun, Foto: © Manu Friedrich

Blutüberströmte Opfer von Drohnenangriffen liegen vor den Toren zum Waffenplatz in Thun und blockieren die Durchfahrt für den Bus mit Mitgliedern der Sicherheitspolitischen Kommissionen des National- und Ständerats, die zur Besichtigung des Materials für das Rüstungsprogramm 2015 angereist sind. Mit dieser Aktion führten AktivistInnen von GsoA, BDS

Schweiz und Collective Urgence Palestine (CUP) sowie Einzelpersonen am 26. Mai 2015 den Parlamentariern vor Augen, welche Auswirkungen ihre Entscheidungen haben. Israelische Drohnen werden in tödlichen Angriffen auf den Gazastreifen eingesetzt und im Rahmen der israelischen Besatzungspolitik entwickelt und getestet. Die Schweiz beteiligt

sich mit dem Kauf von sechs Hermes-900-Drohnen aus Israel und der Zusammenarbeit mit der Rüstungsfirma Elbit Systems an der Weiterentwicklung von Rüstungstechnologien, die in Kriegsverbrechen involviert sind.

Dank des öffentlichen Drucks und der Kampagne gegen den Kauf von Drohnen aus Israel ist nun auch im Parlament Kritik an den Plänen des VBS zu vernehmen.



© Manu Friedrich

Coverbild oben: Familienangehörige stehen auf den Überresten eines Hauses in Beit Hanoun, Gaza. Acht Familienmitglieder, die meisten Frauen und Kinder, wurden letzten Sommer getötet, als ihnen befohlen wurde, im Haus zu bleiben, das die israelische Armee daraufhin attackierte.

Für eine Versachlichung der Antisemitismuskussion

Birgit Althaler

Ein Plädoyer für einen selbstbewussten und reflektierten Umgang mit Antisemitismus wie auch mit missbräuchlichen Antisemitismuskussionen. Letztere halten Menschen nicht nur vom Engagement zum Israel/Palästina-Thema ab, sondern behindern auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte. Umso wichtiger ist für die Solidaritätsbewegung eine unaufgeregte, aber offene Diskussion.



Graffiti aus Gaza, Foto: Stefano, CC BY-ND 2.0

Wer sich öffentlich für die Rechte der PalästinenserInnen einsetzt, macht unweigerlich die Erfahrung, antisemitische Motive unterstellt zu bekommen. So undifferenziert und klischeehaft der Vorwurf vielfach daherkommt, so hilflos ist meist die Reaktion der Angegriffenen. Statt die Argumente zu hinterfragen und die eigenen Kriterien und Ansprüche zu benennen, weisen manche AktivistInnen jede Beschuldigung kategorisch von sich und verbauen den Weg zu einem sachlicheren Umgang mit diesem komplexen und emotional wie moralisch aufgeladenen Thema.

Wenn das Ziel der Solidaritätsarbeit eine gleichberechtigte Gesellschaft bei uns und im Nahen Osten ohne Diskriminierung nach ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit sein soll, muss dieser Anspruch auch für die eigene Tätigkeit gelten. Selbst wenn in der Solidaritätsbewegung

kaum notorischer Judenhass und offener Rassismus anzutreffen sind, braucht es eine lebendige Diskussion über antijüdische Stereotype, die auch unter uns anzutreffen sind. Auf der Grundlage einer offenen Auseinandersetzung ist es auch einfacher, unerschrocken auf unberechtigte Vorwürfe zu reagieren und diese wo sinnvoll zurückzuweisen.

Ethnisierung der Debatte

Es wäre eine Illusion, zu glauben, die Palästina-Solidaritätsbewegung wäre gefeit vor Vorurteilen oder Befangenheit gegenüber JüdInnen, nur weil sie die legitimen Rechte der PalästinenserInnen verteidigt. Um Auswege aus dem Nahostkonflikt und der dortigen Diskriminierung zu finden, ist es unumgänglich, sich auch mit der kolonialistischen, rassistischen und spezifisch jüdenfeindlichen Geschichte unserer eigenen Gesellschaft und de-

ren Nachwirkungen bis in die Gegenwart zu befassen. Dazu gehört, die eigene Argumentation auf Vorurteile, Klischees und Verallgemeinerungen zu hinterfragen. Dazu gehört umgekehrt, genau zu überprüfen, worauf sich der Vorwurf des Antisemitismus stützt und ob er im konkreten Fall berechtigt ist oder eher der Ablenkung, Einschüchterung und Delegitimierung oder allenfalls der Eigenprofilierung dient.

Gerade in den europäischen Staaten, von denen die meisten direkt oder indirekt in die Judenverfolgung verstrickt waren, ist ein befangenes Verhältnis gegenüber JüdInnen weit verbreitet. Ungeachtet ihrer persönlichen Ansichten werden sie von den einen als moralisch-politische Instanz überhöht, während ihnen von den anderen Misstrauen entgegenschlägt und pauschal unterstellt wird, sich mit der israelischen Politik zu identifizieren. Beides ist auch in der Solidaritätsbewegung anzutreffen. Die Überhöhung kommt beispielsweise in der weit verbreiteten Tendenz zum Ausdruck, jüdischen „Stimmen“ ein besonderes Gewicht in der Beurteilung der Lage in Israel/Palästina zu geben und eigene Ansichten damit zu legitimieren, dass sie von jüdischen bzw. jüdisch-israelischen Persönlichkeiten geteilt werden. Das Misstrauen wiederum äussert sich darin, jüdische ReferentInnen, insbesondere aus Israel, für Veranstaltungen zum Nahost-Thema generell auszuschliessen. Beide Varianten bedeuten eine „Ethnisierung“ der politischen Auseinandersetzung. In eine jüdische Familie geboren zu sein heisst nicht, dass man sich zwangsläufig mit der israelischen Politik und der zionistischen Ideologie identifiziert. Auch in Israel ist Widerstand von Oppositionellen zweifellos nötig, um rassistische Ideologien und diskriminierende

Praktiken überwinden zu können. Da der Zionismus vorgibt, die Interessen aller jüdischen Menschen weltweit zu vertreten, ist es nur logisch, dass sich politisch bewusste JüdInnen in und ausserhalb Israels mit der Thematik beschäftigen. Die Zusammenarbeit in der Palästina-Arbeit muss auf der Basis gemeinsamer Ziele und nicht aufgrund einer gemeinsamen Ethnie, Nationalität oder Religion erfolgen. Selbstverständlich gibt es unter jüdischen AktivistInnen, die sich der Solidaritätsbewegung zurechnen, unterschiedliche Meinungen über eine gerechte zukünftige Lösung und ihre eigene Stellung darin. Wer der „ethnischen“ Sackgasse entgehen will, kommt nicht umhin, konkrete Inhalte zu beurteilen, statt die Identität einer Person als Kriterium für ihre Glaubwürdigkeit heranzuziehen.

Noch wichtiger ist dieser Grundsatz, wenn es um ideologische GegnerInnen geht. Um z.B. die Israel verharmlosende Berichterstattung von Medien zu kritisieren oder völkerrechtswidrige Geschäftspraktiken von Unternehmen aufzuzeigen, spielt die Frage, ob sie in jüdischen Besitz sind, keine Rolle. Die Unterscheidung zwischen jüdisch und nicht jüdisch knüpft, ob bewusst oder unbewusst, an eine historische Praxis an, in der diese Eigenschaft zur Grundlage für Diskriminierung und Verfolgung wurde. In Israel ist sie das massgebliche Kriterium, das darüber entscheidet, wer volle Rechte genießt und wem diese vorenthalten werden. Für die Solidaritätsarbeit ist sie irrelevant.

Die Last der Geschichte

Ein befangener Blickwinkel prägt oft auch die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und dessen historischer Aufarbeitung in Europa. Dass der politische Zionismus einen manipulativen Umgang mit der europäischen Geschichte der Judenverfolgung pflegt und europäische Staaten dies mittragen, verleitet manche AktivistInnen dazu, ein Ende der Debatte über die Judenverfolgung im Nationalsozialismus zu fordern und die Ansprüche von Opfern infragezustellen. Zum Teil wird sogar ein

Diskurs aufgegriffen, der sich darauf spezialisiert, angebliche Fehler und Unstimmigkeiten in der Darstellung der Judenverfolgung ausfindig zu machen (Anne-Frank-Tagebuch eine Fälschung? Übertriebene Opferzahlen? Zweifel an den konkreten Vernichtungsmethoden?). Als liesse sich, selbst wenn irgendein historisches Detail korrigiert werden müsste, daraus etwas im Bezug auf die Ansprüche der PalästinenserInnen ableiten.

Offenbar fliesst die Verfolgung der JüdInnen durch die Nazis verschiedentlich in die Wahrnehmung des Nahostkonflikts hinein. Ein Beispiel ist die oft zum Ausdruck gebrachte Verwunderung darüber, dass jüdische Menschen trotz ihrer eigenen Leidenserfahrungen den PalästinenserInnen „dasselbe“ antäten. Zweifellos liegt in diesem Argument eine Entlastungsfunktion: Die europäischen Verbrechen werden in die israelische Gesellschaft projiziert und damit relativiert. Psychologisch gesehen ergibt es jedenfalls keinen Sinn, da die Überwindung von Traumata seitens der Opfer wie auch der Gesellschaft, in der sie leben, einen bewussten Umgang mit den traumatisierenden Erfahrungen erfordert. Dafür fehlt(e) im Nachkriegseuropa ebenso wie im politischen Zionismus weitgehend die Bereitschaft. Damit Ressentiments von Opfern, TäterInnen wie auch ZeitzeugInnen nicht unterschwellig weiterwirken, braucht es eine genauere Auseinandersetzung



Geschlossen. Palästinensische Läden in Hebron, Foto: xylophon, CC BY-NC 2.0

mit individuellen und kollektiven Mechanismen des Umgangs mit Verbrechen, mit den Langzeitfolgen und den politischen Schlüssen, die daraus gezogen werden. Verkürzte Analogien bringen auch hier keinen Erkenntnisgewinn und untergraben höchstens die Glaubwürdigkeit der Solidaritätsarbeit.

Ein weiterer problematischer Aspekt ist die Gewohnheit, Symbole kollektiver Identitätsbildung (Davidstern, Fahne, religiöse Begriffe) zu bemühen, um politische Kritik darin zu verpacken. Jedem Menschen steht zu, seine religiöse, sexuelle, soziokulturelle oder sonstige Identität selbst zu definieren. Welche Aspekte dabei im Vordergrund stehen, hängt auch davon ab, inwiefern sie mit Anerkennung oder Diskriminierung verbunden sind. Die Darstellung solcher Symbole in einem negativen Kontext untergräbt dieses Recht und nivelliert die Vielfalt unter Angehörigen einer Gruppe. Religiöse Symbolik suggeriert zudem fälschlicherweise, der Palästina-Konflikt sei religiöser Natur.

Einschüchterungsgesten

Diskussionsbedarf besteht zweifellos in der Solidaritätsbewegung. Dennoch stellt sich die Frage, ob es sinnvoll und berechtigt ist, jedes Vorurteil, jeden schlechten Vergleich und jede abschätzige Aussage gegenüber JüdInnen mit dem Gestus moralischer Entrüstung als Antisemitismus anzuprangern. Vorurteile zu erfahren,

ist schmerzlich, und die Betroffenen reagieren sicher empfindlicher, wenn sie um die vergangene Verfolgung ihrer Gruppe wissen. Trotzdem ist eine Überdramatisierung, die reale Bedrohungslagen nicht berücksichtigt, kontraproduktiv.

Ironischerweise macht die missbräuchliche Verwendung des Antisemitismusvorwurfs als Mittel der Einschüchterung und Diskreditierung von Andersdenkenden auch vor der Solidaritätsbewegung nicht halt. Misstrauen ist insbesondere angesagt, wenn solche Kritik mit persönlicher Verunglimpfung operiert, sich in psychologische Spekulationen ergeht und auf inhaltliche Kriterien verzichtet. Gerade wegen des so häufig und undifferenziert gegen israelkritische Stimmen erhobenen Antisemitismusvorwurfs steht der moralische Pranger nicht nur einer kritischen Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust im Weg. Er ist auch keine adäquate Form, um auf mögliche Vorurteile oder ungeschickte Argumente zu reagieren, die im Kontext eines insgesamt berechtigten und notwendigen Engagements erfolgen. Statt mit den Wölfen zu heulen und MitstreiterInnen zu stigmatisieren, wäre es sinnvoller, Vorurteilen, aber auch Missverständnissen und Wissenslücken auf den Grund zu gehen, um sie überwinden zu können.

Viele Universitäten, Behörden, NGOs, Kirchen und Parteien meiden aus Angst, ins antisemitische Eck gedrängt zu werden, das Israel/Palästina-Thema und weigern sich, Räume und Plattformen für die notwendige Diskussion zur Verfügung zu stellen. Andere wählen aus Furcht vor Verunglimpfungen oder Spendeneinbussen wider besseres Wissen eine die israelischen Praktiken verharmlosende Sprache. Für einen Ausweg aus dieser in jeder Hinsicht unbefriedigenden und beschämenden Situation braucht es beides: die Bereitschaft zur kritischen Hinterfragung von Argumenten und Denkmustern; und den Mut zur offensiven und unerschrockenen Verteidigung der legitimen Rechte der PalästinenserInnen.

Antisemitismus – ein missbrauchter Begriff?

Peter Haenger

Der in Tel Aviv lehrende Philosoph und Historiker Moshe Zuckermann hat eine scharfsinnige Analyse der inflationär gewordenen Antisemitismusvorwürfe vorgelegt. Sein Buch „'Antisemit!' Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument“ erklärt die Hintergründe einer Einschüchterungspolitik. Dafür wird er von manchen wahlweise als „selbsthassender Jude“ oder „jüdischer Antisemit“ geschmäht.



Mit Davidstern verschmierte palästinensische Läden in Hebron, Foto: xylophon, CC BY-NC 2.0

Wer die Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts für PalästinenserInnen einfordert und so zugleich Israels Besatzungspolitik anprangert, setzt sich schnell der Gefahr aus, als „Antisemit“ diffamiert zu werden. Und diese sogenannte „Antisemitismuskeule“ ist wahrhaft ein argumentatives Totschlägerinstrument: Es delegitimiert jegliche Kritik am Staat Israel, macht politische Gegner mundtot und drängt sie letztlich in eine gesellschaftliche Schmutzlecke ab, wo sich ansonsten nur noch Nazis, Soziopathen und Päderasten tummeln.

Moshe Zuckermann führt die agitatorische Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs auf die manipulative Gleichsetzung von Antisemitismus, Antizionismus und Israel-

kritik zurück. Dabei werden die historischen Kontexte und Ursprünge des Antisemitismus böswillig vernachlässigt. Um dem Antisemitismusvorwurf als Herrschaftsinstrument der Israellobby auf die Spur zu kommen, beleuchtet Zuckermann zunächst das Verhältnis des Zionismus zum Antisemitismus.

Antisemitismus und Zionismus

Der Zionismus ist historisch als Reaktion auf den grassierenden Antisemitismus des späten 19. Jahrhunderts zu verstehen. Im Unterschied zum religiös bedingten Judenhass ist der Antisemitismus rassistisch bedingt. Liess der traditionelle Judenhass für jüdische Menschen wenigstens noch die Konversion zum Christen-

tum gleichsam als „Rettung“ zu, so erlaubt der Antisemitismus keinen Ausweg. „Rasse“ ist wesensbedingt und nicht veränderbar. Die möglichen Antworten auf den Antisemitismus, die sich jüdischen Menschen boten, waren: die Selbstaflösung in der Assimilation, die Unterstützung des universell-emanzipativen Sozialismus oder eben der politische Zionismus mit seinem Ziel einer „jüdischen Heimstätte“ in Palästina.

Antisemitismus und Zionismus sind demnach dialektisch verschwärt. Zuckermann verweist auf den ersten israelischen Premierminister David Ben Gurion, der einmal sagte, „wenn der Antisemitismus zum Erlahmen komme, müsse er wieder angefeuert werden, damit die Juden nach Israel kommen“. Nach dem Terroranschlag auf einen jüdischen Laden in Paris hat denn auch Benjamin Netanyahu – ganz in dieser Denkweise verhaftet – die französischen JüdInnen dazu aufgefordert, ihre französische Heimat zu verlassen und nach Israel auszuwandern.

Zuckermanns Formel „nicht alle Juden sind Zionisten, nicht alle Zionisten sind Israelis, nicht alle Israelis sind Juden“ weist darauf hin, dass Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik unbedingt als getrennte Phänomene zu behandeln sind. Denn, so Zuckermann, „vielfältige Konstellationsvarianten sind möglich“: Antisemiten geben sich als Unterstützer Israels aus, weil sie alle JüdInnen nach Israel wünschen. Westliche AntizionistInnen bekämpfen den Antisemitismus in ihren Ländern, damit jüdische MitbürgerInnen keinen Anlass sehen, nach Palästina auszuwandern. Orthodoxe JüdInnen sind Antizionisten, aber keine Antisemiten, wobei jüdische KommunistInnen wiederum einen „antisemitismusfreien Antizionismus“ vertreten.

Vereinnahmung der Vergangenheit für politische Zwecke in der Gegenwart

Neben der Gleichsetzung unterschiedlicher Phänomene wiegt die zionistische Vereinnahmung der Shoa und deren Integration in die zionisti-

sche Geschichtsdeutung besonders schwer. Dies zeigt sich nur schon an den ständigen Nazivergleichen, die israelische PolitikerInnen seit Generationen anstellen. Netanyahu vergleicht den Iran ausdrücklich mit dem Dritten Reich. Auch die PalästinenserInnen werden mit den Nationalsozialisten gleichgesetzt. So verglich Menachem Begin (Rechtszionist) 1982 die Einkreisung Arafats in seinem Beirut Unterstand mit Hitlers letzten Tagen im „Führerbunker“. Abba Eban (Linkszionist), Aussenminister unter Levi Eschkol und Golda Meir, bezeichnete die formalen israelischen Staatsgrenzen bis zum 1967er-Krieg als „Auschwitz-Grenzen“, weil sie nicht zu verteidigen seien. PalästinenserInnen und Nazis erhalten auf diese Weise einen austauschbaren Stellenwert, „wobei“, gemäss Zuckermann „die Täter- und Opfer-Kategorien so miteinander vermengt werden, dass man sich noch in der eigenen historisch aufgeladenen Schuld als Opfer vorkommen darf“.

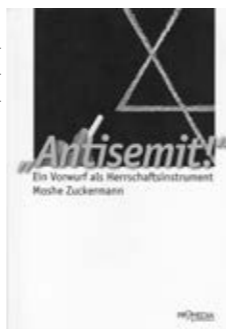
Die Verächtlichmachung der jüdischen Existenz in der Diaspora ist ein weiteres Phänomen, das das Verhältnis von Zionismus und Antisemitismus charakterisiert. Für manche ZionistInnen ist nur ein in Israel lebender Jude „ein guter Jude“. Nicht selten zeigt sich in Israel mediale Schadenfreude, wenn es in der Welt zu antisemitischen Erscheinungen kommt: „Recht geschieht es ihnen! Wenn diese Juden das Leben in Israel verschmähen und ein diasporisches Dasein bewusst vorziehen, mögen sie sich nicht wundern und darüber beklagen, dass sie antisemitischen Ausfällen ausgesetzt sind.“

Der Stellenwert des Holocaustgedenkens als einer Art Ersatzreligion in einem überwiegend säkularen Europa führt dazu, dass der inflationäre Gebrauch des Antisemitismusvorwurfs seine Wirkung voll entfaltet: „Der kleinste antisemitische Ausfall darf sich sofortiger öffentlicher Aufmerksamkeit gewiss sein, wo mörderische Gewaltakte gegen Asylanten, Zuwanderer und sonstige ‚Fremde‘ unaufgeregt als integ-

raler Bestandteil einer routiniert gewordenen Tagesordnung registriert werden. Warum? Weil es Auschwitz gegeben hat.“ Und so wird noch die dümmste Bemerkung gegen JüdInnen gleich als „Heraufkunft des Vierten Reichs“ oder als „neues Auschwitz“ deklariert. Bei einer solchen missbräuchlichen Verwendung des Antisemitismusvorwurfs unter dem Motto „Wehret den Anfängen!“ besteht allerdings die Gefahr, dass berechtigte Warnungen vor realem Antisemitismus irgendwann nicht mehr ernst genommen werden.

Als Historiker weiss Zuckermann, dass die Vergangenheit stets für moralische und politische Zwecke in der Gegenwart vereinnahmt wird. Im Fall des Palästinakonflikts wird das Andenken an die Opfer der Shoa propagandistisch für Israels Regierungspolitik instrumentalisiert, die mehr und mehr Opfer fordert. Wer dies tut, so Zuckermanns Fazit, „schändet das Andenken an die Opfer. Das kann das Opfer als Opfer nicht gewollt haben.“

Moshe Zuckermann, „Antisemit!“ Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument, 2010 Promedia Wien (2. Aufl.)



Moshe Zuckermann, Israels Schicksal. Wie der Zionismus seinen Untergang betreibt, 2015 Promedia Wien (2. Aufl.)



Neue Wege – Zeitschrift des Religiösen Sozialismus, Wider die Instrumentalisierung der Opfer, Gespräch von Matthias Hui mit Moshe Zuckermann, Nr. 3/2015; PDF unter dem Titel „Wider die Instrumentalisierung“ auch abrufbar unter www.bds-info.ch

Wahl in Israel

Hans-Peter Gysin

Am 17. März dieses Jahres haben die in Israel Stimmberechtigten eine neue Landesführung gewählt. Ein Überblick über die Ergebnisse.



Parlamentswahlen, Tel Aviv, Israel, 17.3.2015

Stimmberechtigt sind in Israel etwa 5,8 Mio. Personen. In den völkerrechtswidrig annektierten Gebieten Ostjerusalems und des Jordantals wie auch in den belagerten und besetzten palästinensischen Territorien, wo etwa 5 Mio. PalästinenserInnen leben, sind ausschliesslich Israels jüdische SiedlerInnen und Besatzungstruppen stimmberechtigt. Bei einer Wahlbeteiligung von über 72 Prozent sind 4,2 Mio. gültige Stimmen eingegangen. Wahlsieger wurde, wie zu erwarten war, Benjamin Netanjahus Likud-Partei. Rund 3,4 Mio. Israelis haben entweder seiner Rechtskoalition oder dem „Zionistischen Lager“ um die Arbeitspartei von Jitzchak Herzog die Stimme gegeben und sich dabei für eine Weiterführung der bisherigen Besatzungs- und Annexionspolitik entschieden. Der einzigen Koalition mit multiethnischem Anspruch, der gemeinsamen Liste israelischer KommunistInnen und arabischer Gruppierungen, sind nicht ganz 4 Prozent der Stimmen, etwa 170 000, zugefallen.

Netanyahus Wunschkoalition bestand folglich aus den beiden

radikalzionistischen, reaktionären Parteien „Likud“ und „Kulanu“, den zwei rechtsextremen Gruppierungen „Unser Haus Israel“ und „Jüdisches Heim“ sowie den Parteien der ultraorthodoxen Sektierer „Shas“ oder „Thorawächter“. 67 der 120 Knesset-sitze, eine bequeme Mehrheit, wären ihm sicher gewesen. Doch sein Streit um Posten mit seinem bisherigen Aussenminister Liebermann, dem auch vorgeworfen wurde, gegenüber den westlichen UnterstützerInnen Israels mit seinen offen rassistischen Ausfällen etwas viel Geschirr zerschlagen und das Ansehen des Zionismus in der Welt geschädigt zu haben, hat ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht. Er muss sich nun mit Naftali Bennetts „Jüdischem Heim“ begnügen, was eine sehr knappe Mehrheit von 61 Sitzen bedeutet. Von Bennett musste er sich denn auch die neue Justizministerin Ajelet Shaked aufs Auge drücken lassen. Die Frau liess im letzten Jahr auf ihrer Facebook-Seite verlauten, man müsse „die Mütter der (palästinensischen) Märtyrer“ töten, damit

sie nicht „weitere kleine Schlangen grossziehen“.

Die Regierungszeit steht somit unter keinem guten Vorzeichen, denn ganz so monolithisch ist die israelische Gesellschaft nicht. Interessant ist zum Beispiel, wie bestimmte Orte mit vielschichtiger Bevölkerungsstruktur gewählt haben. In den Grosssiedlungen im besetzten Westjordanland ist es Netanyahus „Likud“ dank seiner rassistischen Wahlkampfretorik gelungen, den traditionellen Rechtsradikalen Stimmen abzunehmen. Die Siedlungen Ma'ale Adumim und Ariel haben beispielsweise zu 48 respektive 46 Prozent für Likud und zu 15 respektive 16 Prozent für die Siedlerpartei „jüdisches Heim“ gestimmt, während das „Zionistische Lager“ in Haifa und Tel Aviv mit 25,5 respektive 34 Prozent Stimmanteil punktete und Likud sich mit 21 respektive 18 Prozent zufriedengeben musste. Für Likud und die Ultraorthodoxen stimmte, nicht überraschend, Jerusalem mit 25 respektive 21 Prozent. Da die wenigsten palästinensischen BewohnerInnen Jerusalems stimmberechtigt sind, vereinigte das multiethnische Lager der „Gemeinsamen Liste“ dort nur 1 Prozent der Stimmen auf sich, während die WählerInnen in der noch immer palästinensisch geprägten Stadt Nazareth zu 93 Prozent die „Gemeinsame Liste“ wählten.

Das Wahlverhalten in Israel wird, neben dem Konflikt mit den PalästinenserInnen, auch von einem Konflikt zwischen den unterschiedlichen Volksgruppen geprägt, die sich auf eine jüdische Identität berufen. Auf der einen Seite die Aschkenasim, die „weisse“, „gebildete“, teils wohlhabende, ursprünglich aus West- und Osteuropa stammende und jiddisch sprechende Elite der Gründerzeit und ihre Nachkommen als Oberschicht, die das Land in Politik, Wirtschaft und Militär dominiert. Auf der anderen die „schwarzen“ Mizrahim, eigentlich jüdische AraberInnen (deren ursprüngliche Muttersprache Arabisch war), die nach der Installation des jüdischen Staates und den damit einhergehenden ethnischen Säuberungen in einigen arabischen Ländern als fünfte



An Protest gegen AIPAC-Kongress in Washington. Foto: Stephen Melkisetian, CC, BY-NC 2.0

Kolonie behandelt und verfolgt, vom Zionismus aber auch durch Anreize ins Land geholt wurden, um die Be-

siedlung und Verdrängung der angestammten palästinensischen Bevölkerung voranzutreiben.

Dass trotz der teilweise künstlich und propagandistisch aufgebauchten Bedrohungslage, die die israelische Gesellschaft sehr stark zusammenhält, auch Risse aufbrechen, zeigen die Unruhen, die sich in letzter Zeit in Jerusalem und Tel Aviv ereignet haben. Aus Äthiopien stammende Jüdinnen protestierten gegen Rassismus und Diskriminierung, denen sie aufgrund ihrer Hautfarbe in Israel ausgesetzt sind, was zu Zusammenstößen, Tränengaseinsatz und Verletzten führte.

Auch die sozialen Probleme des Landes, beispielsweise die Mietpreise für Wohnraum, die sich im letzten Jahrzehnt exorbitant erhöht haben, obwohl sich in Israel Grund und Boden zu beinahe 100 Prozent in den Händen des Staates oder parastaatlichen Institutionen befindet, sind nicht gelöst, zumal Israel innerhalb der OECD nach den USA das Land mit der höchsten Ungleichheit ist. Soziale Unrast, wie sie sich im Jahr 2011 manifestiert hatte, kann jederzeit wieder zu Ausbrüchen führen.

Aufstellung der Resultate und Charakterisierung der Parteien

Rechte Zionisten, total 54 Sitze von 120, Stimmanteil 42,73 %, bestehend aus:

„**Likud**“, 30 Sitze, **23,40 %**

Benjamin Netanyahus rechtskonservative Likud behauptet, die einzig wahrhafte Mittepartei Israels zu sein. Ihre Wählerschaft rekrutiert sich aus beiden Lagern, den „weissen“ Aschkenasim (europäischen JüdInnen) und den „schwarzen“ Mizrahim (arabische JüdInnen), was mit ein Grund für ihre breite Abstützung ist.

„**Wir-alle-Partei**“ (Kulanu), 10 Sitze, **7,49 %**

Moshe Kahlon's Abspaltung von Likud war unter anderem eine Folge der sozialen Proteste der israelischen Bevölkerung gegen Neoliberalismus und Sozialabbau im Jahr 2011. Die Partei verfolgt ein sozialliberales Konzept der Marktwirtschaft. Ihre Wählerschaft besteht zu einem grossen Teil aus Mizrahim.

„**Das jüdische Heim**“ (HaBajit haJehudi), 8 Sitze, **6,74 %**

Die nationalreligiöse, ultrazionistische Partei von Naftali Bennett steht hinter den extremistischen SiedlerInnen, vertritt die Idee eines Grossisraels und fordert die fortwährende Annexion palästinensischen Landes durch beschleunigten Siedlungsbau.

„**Unser Haus Israel**“ (Jisra'el Beitenu), 6 Sitze, **5,11 %**

Ultrarechte Rassistenpartei, gegründet vom 1979 aus Moldawien eingewanderten Avigdor Lieberman (alias Ewet Lwowitsch Liberman), vertritt offen die Säuberung Israels von seiner arabischen Bevölkerung (Transfer genannt) und spielt beispielsweise mit der Idee, palästinensische Gefangene zu ermorden, um einen zukünftigen Gefangenen austausch zu verhindern. Die Partei wird zu einem grossen Teil von den aus der ehemaligen Sowjetunion eingewanderten und in die Siedlungen des Westjordanlandes gesteckten SiedlerInnen gewählt.

Liberales und Sozialdemokraten, 35 Sitze von 120, Stimmanteil 27,48 %, bestehend aus:

„**Das Zionistische Lager**“ (HaMachaneh haZioni), ein Bündnis von „**Arbeitspartei**“ (Mifleget haAwoda halsra'elit) und „**Die Bewegung**“ (Ha-Tnu'a), 24 Sitze, **18,67 %**

Die Arbeitspartei von Jitzchak Herzog ist Mitglied der sozialdemokratischen Internationale und findet ihre Wählerschaft vorzugsweise in der aus Europa stammenden Mittel- und Oberschicht des Landes. Ziti Livnis „Bewegung“ ist ebenfalls eine Partei aschkenasischer Prägung, welche die Eliten des Landes vertritt. Auch die israelischen Grünen sind in diesem Bündnis eingeschlossen. Vordergründig vertritt das Bündnis Verhandlungsbereitschaft mit den PalästinenserInnen, dies jedoch ausschliesslich zu den Bedingungen der ZionistInnen und somit einer einseitigen Kapitulation der palästinensischen Seite.

„**Zukunftspartei**“ (Yesh Atid), 11 Sitze, **8,81 %**

Die Partei von Yair Lapid vertritt einen neoliberalen Kurs der Privatisierungen und des Sozialabbaus. Sie redet von einer „Zweistaatenlösung“, unter welcher sie allerdings eine Variante eines durch weitere Annexion erweiterten Israels plus palästinensische Bantustans, verwaltet von palästinensischen Marionetten, versteht.

Ultraorthodoxe, total 14 Sitze von 120, Stimmanteil 10,76 %, bestehend aus:

„**Sephardische Thorawächter**“ oder „**Shas-Partei**“ (Shomrei Sfarad), 7 Sitze, **5,73 %**

Shas vertritt, als jüdisch-radikale Partei, in erster Linie die vor allem aus arabischen Ländern nach Palästina ausgewanderten Mizrahim (oder Sephardim), die aufgrund ihrer Dunkelhäutigkeit in Israel tendenziell sozialer Diskriminierung unterworfen sind, aber auch einen äusserst konservativen kulturellen Bezug pflegen und einem ausgeprägten Hass auf die palästinensische Bevölkerung huldigen. Shas vertritt eine fundamentalistische Minderheit und verteidigt deren religiöse, aber auch soziale Rechte im Land. So zum Beispiel die Finanzierung der Thoraschulen und den Lebensunterhalt ihrer Schüler. Sie fordert beispielsweise ein totales Verbot des Fahrzeugverkehrs und jeglicher Arbeit am Samstag (Sabbat).

„**Thora-Judentum**“ (Jahadut HaTorah HaMeukhedet), 6 Sitze, **5,03 %**

Die aschkenasisch geprägte ultraorthodoxe Gottespartei sorgt sich in erster Linie um den sogenannten jüdischen Charakter Israels und findet im Bestreben, am Samstag (Sabbat) jegliche Tätigkeiten im Land zu verbieten, die wesentliche Übereinstimmung mit ihrer mizrahimisch geprägten Partnerpartei.

Die KommunistInnen und die PalästinenserInnen mit Stimmberechtigung

„**Gemeinsame Liste**“ (HaReschima haMeschutefet), Bündnis aus „**Vereinigte Arabische Liste**“ (Ra'am) resp. (al-Q'ima al-Arabiyya al-Muwahhada), die islamisch-religiös geprägt ist, „**Die Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung**“ (Chadasch) resp. (HaChasit haDemokratit leSchalom uleSchiwjon), ursprünglich gegründet von der Kommunistischen Partei Israels, und „**Die Demokratische Nationalistische Vereinigung**“ (at-Tadschammui al-watan al-dimuqrati), insgesamt 13 Sitze, **10,54 %**

Die „Gemeinsame Liste“, die einzige Koalition mit multiethnischem Anspruch, von der man eine Bereitschaft zum Frieden erwarten kann. Sie findet auch einige AnhängerInnen unter israelischen Linken. Die „Vereinigte arabische Liste“ vereint mehrheitlich die religiösen PalästinenserInnen in Israel. Die „Demokratische Front“ besteht zu ihrer überwiegenden Mehrheit aus säkularen PalästinenserInnen mit israelischem Pass und hat einige wenige jüdische Israelis als Mitglieder. Sie vertritt ein kommunistisches Credo eher orthodoxer Prägung. „Die Demokratische Nationalistische Vereinigung“ tritt für einen säkularen Staat mit gleichen Rechten für JüdInnen und PalästinenserInnen ein. Alle drei mehrheitlich arabischen Parteien waren in der Vergangenheit mit Verboten konfrontiert, die jeweils auf internationale Ermahnungen hin durch den Obersten Gerichtshof Israels wieder zurückgenommen wurden.

Die formale Linke

„**Energie**“ (Meretz), 5 Sitze, **3,93 %**

Meretz von Zehava Galon ist ein linkszionistisches Sammelbecken. Sie wird vorwiegend von den alten, arrivierten, aber aussterbenden Eliten der Gründerzeit gewählt.

Der äusserste rechte Rand

„**Die Nation mit uns**“ (Yachad Ha'am Itanu)

„Die Nation mit uns“ (Yachad Ha'am Itanu), eine mit der offen faschistoiden Siedlerpartei „Stärke für Israel“ (Otzma Yehudit) liierte Rechtsabspaltung des Likud, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Tempelberg zu annektieren und die Al-Aksa-Moschee zu zerstören. Es ist ihr nicht gelungen, Netanyahu's Werben am rechten Rand der Gesellschaft etwas noch Radikaleres entgegenzusetzen. Aufgrund der Sperrklausel von 3,25 % hat sie den Einzug in die Knesset verpasst.

Gazastreifen: Ausharren angesichts von Machtlosigkeit!

Ziad Medoukh



Ziad Medoukh

Rund ein halbes Jahr nach dem jüngsten israelischen Angriff auf den Gazastreifen von Juli/August 2014 ist die Lage für die 1,8 Millionen weiterhin isolierten und eingesperrten PalästinenserInnen Gazas in jeder Hinsicht ausgesprochen schwierig, insbesondere auf humanitärer und ökonomischer Ebene. Daran hat sich ungeachtet internationaler zivilgesellschaftlicher Proteste gegen die israelischen Verbrechen und ungeachtet der Versprechen eines raschen Wiederaufbaus nichts geändert.

Die aktuelle Lage kann als stagnierend bezeichnet werden: In keiner Hinsicht bewegt sich irgendetwas. Weder im Bezug auf den Wiederaufbau noch auf die Versöhnung noch auf politischer Ebene gibt es irgendwelche Fortschritte, und die vorherrschende Stimmung ist, dass der Glaube an eine Zukunftsperspektive abhanden gekommen ist.

Die BewohnerInnen des Gazastreifens versuchen, mehr oder weniger normal über diese schwierige Zeit hinwegzukommen, doch aus den Gesichtern lässt sich Trauer und Beunruhigung der machtlosen Bevölkerung ablesen, die noch immer abgeriegelt im Freiluftgefängnis Gaza lebt. Die Menschen fühlen sich von der schweigenden internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen. Mangels Baumate-

rial, das aufgrund israelischer Verordnungen nur unzulänglich in den Gazastreifen gelangt, können die 20 000 infolge der jüngsten israelischen Angriffe zerstörten Häuser, deren BewohnerInnen in Notunterkünften leben, nicht repariert werden.

Anfang Februar 2015 hat das für die palästinensischen Flüchtlinge zuständige UNO-Hilfswerk UNRWA beschlossen, die Finanz- und Lebensmittelhilfe für die Obdachlosen und Tausende weitere Menschen, die Hab und Gut verloren haben, einzustellen. Das verschärft die Lage für die rund 70 000 Personen, die in Mietwohnungen leben, für die bislang die UNRWA aufgekommen ist. Die Obdachlosen leben entweder in Zelten, die sie neben ihren zerstörten Häusern aufgestellt haben, wobei die Bedingungen vor allem im Winter unerträglich sind, oder sie sind unter noch schwierigeren Bedingungen in Notunterkünften zurückgekehrt. Zudem halten internationale Organisationen und Staaten die Gelder für Wiederaufbauprojekte zurück; nur 10 Prozent der an der internationalen Wiederaufbaukonferenz von Oktober 2014 in Kairo versprochenen Gelder sind eingetroffen. Keines der privaten und öffentlichen Wiederaufbauprojekte hat begonnen.

Die israelische Regierung verweigert schon seit zwei Monaten die Auszahlung der Steuereinnahmen an die Palästinenserbehörde, die damit nicht in der Lage ist, die Beamtgehälter auszuzahlen. Im Gazastreifen sind davon 130 000 Personen betroffen, was die lokale Wirtschaft ins Chaos stürzt. Daneben herrscht Knappheit bei Strom, Treibstoff, Wasser und Gas. Aufgrund der Blockade fehlen viele Medikamente und Lebensmittel.

Sechs Monate später scheint sich nichts geändert zu haben für die PalästinenserInnen im Gazastreifen, die nach ihrem bewundernswerten

Widerstand gegen die Angriffe der israelischen Luftwaffe, Marine und Bodentruppen weiter nach einer politischen statt bloss humanitären Lösung suchen.

Die Blockade dauert bereits über acht Jahre, die Übergänge und Grenzen nach aussen sind aufgrund israelischer Militärerlasse oft geschlossen und Lebensmittel sowie andere Güter gelangen nur in geringen Mengen nach Gaza. Die israelischen Behörden öffnen den einzigen Übergang für Güter, der den Gazastreifen mit der Aussenwelt verbindet, nur zwei bis drei Mal pro Woche und erlauben den Übertritt von 200 Lastwagen und einigen humanitären Konvois. Nur fünf bis sechs der Lastwagen enthalten Baumaterial, das zudem oft für internationale Projekte reserviert ist. Der Übergang wird aus jedem beliebigen Anlass auf israelischen Beschluss hin geschlossen, ohne die enormen Bedürfnisse der Zivilbevölkerung zu berücksichtigen.

Die israelische Armee bricht fast täglich das Waffenstillstandsabkommen. Oft dringen israelische Panzer in den Gazastreifen ein, Soldaten kontrollieren permanent die Pufferzonen in den Grenzregionen und beschliessen die Bauern. Die israelische Marine verhindert die Ausweitung der Fische-



Während der Attacke im Sommer 2014 schwer beschädigte Schule im Shujaiya-Quartier, Gaza Stadt, Nov. 2014

reizonen und beschiesst palästinensische Fischer und ihre Boote.

Im Bezug auf die Versöhnung sind die verschiedenen palästinensischen Parteien und Bewegungen, die den Wiederaufbau in Gaza einleiten könnten, weiterhin gespalten. Trotz Bildung einer Regierung der nationalen Einheit in den besetzten Gebieten und interner Solidarität sowie Zeichen der Einheit während der letzten israelischen Offensive dominieren nach wie vor Unstimmigkeiten, die Fortschritte in der palästinensischen Aussöhnung verhindern und den Wiederaufbau verzögern. Politisch zeichnet sich keinerlei unmittelbare Lösung ab. Zwar finden weltweit Solidaritätskundgebungen statt. Doch die Regierungen und internationalen Organisationen verschliessen ihre Augen davor, was in dieser abgeriegelten Region passiert.

Die EinwohnerInnen Gazas warten nach wie vor auf Veränderung und eine Lösung. Mit ihrer beispiellosen Geduld, ihrem bewundernswerten Willen, ihrem täglichen Ausharren warten sie auf die Aufhebung der Blockade, die Öffnung der Übergänge und Grenzen nach aussen, das Ende ihres Leidens und eine rechtliche Ahndung der israelischen Verbrechen.

Ja, die PalästinenserInnen im Gazastreifen sind nach wie vor zuversichtlich und entschlossen, sich zu wehren und selbst inmitten der Überreste ihrer zerstörten Häuser mit Mut als einziger Waffe durchzuhalten. Sie hoffen auf einen radikalen Wandel, eine politische Lösung, damit die sie endlich frei in ihrem Land leben können. Die Frage ist letztlich nur, wie lange sie noch ausharren werden.

6. Februar 2015

Ziad Medoukh, unterrichtet Französisch an der Al-Aqsa-Universität Gaza. Von ihm sind zahlreiche Gedichtbände über Gaza und Palästina sowie Studien über Französischunterricht und Erziehung zu Frieden und Gewaltfreiheit erschienen. „Chroniques d'un été meurtrier. Récit d'un génocide répété“ (Kairos, Nancy) beschreibt in täglich Episoden den Horror, dem die Bevölkerung des Gazastreifens während der israelischen Angriffe von Sommer 2014 ausgesetzt war.

Russell-Tribunal: Dem Schweigen über Gaza entgegenwirken

Roman Vonwil

Im September 2014 wurde in Brüssel eine Sondersitzung des Russell-Tribunals zu Palästina abgehalten, die sich mit der israelischen Militäroperation gegen den Gazastreifen von Sommer 2014 befasste. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse.



Al-Shati Camp/Beach camp, Gazastreifen, Foto: Magne Hagesæter CC BY-NC-ND

Als Israel im Juli und August 2014 in einem zerstörerischen Angriff einmal mehr Bomben und Raketen auf den Gazastreifen abwarf und die internationale Staatengemeinschaft erneut dazu schwieg, wurden Stimmen aus der Zivilgesellschaft laut, die eine Sondersitzung des Russell-Tribunals zu Palästina forderten. Nach Ansicht vieler kommt das Schweigen angesichts der Zerstörung und des Leidens der Zivilbevölkerung im Gazastreifen einer Duldung des Angriffs gleich.

Diese schweigende Duldung zu verhindern und mögliche Kriegsverbrechen und andere Völkerrechtsverletzungen zu dokumentieren, ist das

erklärte Ziel des Russell-Tribunals zu Palästina, das in der Folge des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen im Winter 2008/09 gegründet wurde. Es beruft sich auf eine Praxis, die sich seit dem ersten Russell-Tribunal 1966 während des Vietnamkrieges mehrfach bewährt hat. Schon damals sollten mit einer öffentlichen Anhörung von ZeugInnen und der Bewertung der Zeugenaussagen durch eine renommierte Jury Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen festgestellt und dokumentiert werden.

Die Jury des Tribunals, die aus anerkannten Persönlichkeiten besteht, beurteilte 16 Aussagen von AugenzeugInnen und ExpertInnen

zu relevanten Vorkommnissen nach völkerrechtlichen Kriterien. In ihrem Schlussbericht widerspricht sie der israelischen Darstellung, die unter dem Namen „Protective Edge“ geführte Operation sei ein Verteidigungskrieg. Vielmehr sei der Angriff ein Instrument der Besatzungsmacht zur Unterdrückung des Widerstands, zu dem eine Bevölkerung unter Besatzung und Kolonialisierung gemäss Völkerrecht berechtigt sei. Das Tribunal hält fest, dass die Besatzungsmacht sich unter diesen Umständen nicht auf ihre Selbstverteidigung berufen kann.

Die Aufarbeitung und Dokumentierung möglicher Kriegsverbrechen zeigt abermals, in welchem Ausmass die Zivilbevölkerung im Gazastreifen und – in weit geringerem Mass – in Israel während des Sommers 2014 litt. Insbesondere die israelische Armee habe laut Jury gegen zwei wichtige Prinzipien des humanitären Völkerrechts verstossen: die Notwendigkeit, klar zwischen militärischen und zivilen Zielen zu unterscheiden, und die Notwendigkeit, militärische Gewalt verhältnismässig einzusetzen.

Die zunehmende Aggressivität der Angriffe auf die palästinensische Bevölkerung sowie deren Wohnungen und religiöse Stätten in Israel und im Westjordanland in den letzten Jahren und ein zunehmend rassistischer Ton im öffentlichen Diskurs in Israel, aber auch das Ausmass der Zerstörungen im Gazastreifen von Sommer 2014 bewegen das Russell-Tribunal dazu, die israelische Politik auch im Hinblick auf das völkerrechtliche Genozidverbot zu beurteilen. Damit wurde ein schwerwiegender Vorwurf aufgegriffen, der immer häufiger öffentlich geäussert wird: dass Israel mit der Belagerung des Gazastreifen und den grossangelegten Zerstörungen in wiederholten Angriffen einen zumindest schleichenden Genozid an der palästinensischen Bevölkerung verübe.

Das Tribunal hielt fest, dass die PalästinenserInnen als eine Volksgruppe im Sinn der Genozid-Konvention zu betrachten seien und dass die israelische

Armee nachweislich Taten begangen habe, die völkerrechtlich als Handlungen eines Genozids bewertet werden können, falls sie mit der Absicht ausgeführt werden, eine Volksgruppe zu vernichten. Die Jury gab zu bedenken, dass man bisher nicht von einer deklarierten politischen Absicht sprechen könne, die PalästinenserInnen auszulöschen, auch wenn die israelische Besatzungspolitik auf eine andauernde Kontrolle und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung abziele. Allerdings stelle sich die Frage, ob die Brutalität des jüngsten Angriffs ein Zeichen dafür sei, dass sich an dieser Ausgangslage etwas ändert. Ein abschliessendes Urteil, ob von einem Genozid im Sinn der völkerrechtlichen Definition gesprochen werden kann, fällt die Jury nicht, da die Frage nach dem Vorhandensein der konkreten Absicht, die PalästinenserInnen als Volksgruppe zu vernichten, im Rahmen des Tribunals nicht beantwortet werden konnte.

Deutlich urteilte die Jury jedoch in der Frage des Aufrufs zum Genozid.

Während des Angriffs auf den Gazastreifen im Sommer 2014 sei in Israel eine erschreckende Zunahme von Hetzreden und öffentlicher rassistischer Rhetorik gegen PalästinenserInnen zu beobachten gewesen. Die Jury wertete einige der in diesem Zusammenhang getätigten Aussagen als direkte und öffentliche Aufrufe zu Genozid. Sie gibt zu bedenken, dass bereits ein solcher Aufruf unter das internationale Genozidverbot fällt, ungeachtet dessen, ob danach gehandelt wird.

In der Sondersitzung des Russell-Tribunals wurde ein wichtiger Schritt zur Aufarbeitung der Völkerrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Operation „Protective Edge“ und der Beurteilung der israelischen Besatzungspolitik hinsichtlich der Frage nach einem Genozid unternommen. Dieser Anstoss muss von der UNO und der internationalen Staatengemeinschaft weitergeführt werden.

Palestine Legal Action Network (PLAN)

Die gemeinnützige Organisation PLAN wurde nach der letzten Sitzung des „Russell Tribunal on Palestine“ als Plattform zur weiteren Zusammenarbeit zwischen Jury und RechtsexpertInnen ins Leben gerufen. Dabei soll die Weiterverbreitung der Ergebnisse und Empfehlungen des Tribunals, die Unterstützung von neuen Initiativen für Gerechtigkeit in Palästina, die Weiterführung, Koordination und Stärkung der Zusammenarbeit mit der internationalen Zivilgesellschaft sowie die Beendigung der Straflosigkeit israelischer Menschenrechtsverletzungen im Fokus stehen.

PLAN hat sich dabei insbesondere der rechtlichen Analyse der Verantwortung nationaler und internationaler Konzerne sowie von Drittstaaten verschrieben. Neue Initiativen, Workshops, völkerrechtliche Forschung, parlamentarische Lobbying und effektive Medienkampagnen sollen weiterentwickelt und die Ergebnisse des Tribunals einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Unterstützt wird PLAN dabei von der britischen Organisation „War on Want“, welche sich seit über 30 Jahren in Palästina und weltweit gegen die Auswirkungen der Globalisierung auf Entwicklungsländer, gegen Armut, Ungleichheit und Ungerechtigkeit engagiert. Diese Partnerschaft mit einer Organisation, die über eine lange Geschichte und viel Erfahrung auf dem Gebiet politischer Kampagnen gegen die israelische Aggressionspolitik verfügt, verspricht eine fruchtbare Nachfolgearbeit zum Russell-Tribunal.

Für weitere Informationen, siehe www.planpalestine.org/ oder www.facebook.com/planpalestine/timeline

Wirkungsvolle Massnahmen gefordert

Aus Anlass des Nakba-Tages am 15. Mai fordern NGOs aus dem Gazastreifen, dass Israel für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen wird. Auszüge aus der Stellungnahme.

Während die PalästinenserInnen den Tag der Nakba begehen, [...] steuert der besetzte und abgeriegelte Gazastreifen auf einen kritischen Punkt zu. [...] Nahezu zwei Millionen Menschen werden von Israel auf einer schmalen Fläche eingesperrt und zu einem Leben in Armut verurteilt. Nicht einmal Trinkwasser als Lebensquelle steht zur Verfügung. Die Grundversorgung im Gesundheits- und Bildungswesen stockt, der Zustand ist alarmierend. Es ist ein von Israel gemachter „Tsunami“, der gestoppt werden kann, wenn genügend bewusste Menschen weltweit Israel zur Rechenschaft ziehen und Druck auf Institutionen und die Regierung ihres Landes ausüben, damit diese ebenfalls Druck aufsetzen. Israel muss für sein verbrecherisches Wirken einen spürbaren Preis zahlen.

Wann, wenn nicht jetzt, ist es berechtigt, einen Schurkenstaat davon abzuhalten, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen? Die unterzeichnenden palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem Gazastreifen rufen dazu auf, Israel und Unternehmen, die an dessen schweren Völkerrechtsverletzungen beteiligt sind, mit sofortigen wirkungsvollen Massnahmen einschliesslich Boykott, Desinvestition und spürbaren Sanktionen zu belegen, um Hunderttausende von Zivilpersonen im Gazastreifen vor unaussprechlichem Leiden und dem langsamen Tod zu bewahren. [...]

Der Wiederaufbaumechanismus für Gaza (GRM), die Hauptantwort der internationalen Gemeinschaft, hat den grundlegenden Makel, das Leid der PalästinenserInnen im Gazastreifen noch zu verschärfen. Über diesen Mechanismus werden die internationale Gemeinschaft und vor allem die UNO zu Erfüllungsgehilfen der israelischen Abriegelung; die Hilfe an die PalästinenserInnen wird von israelischer Zustimmung abhängig gemacht.

Bis zu 71 Prozent der von internationalen Gebern in Aussicht gestellten Hilfe dürfte der israelischen Wirtschaft zugutekommen, womit Israel für sein Massaker faktisch belohnt wird. Viele der Baumaterial liefernden Firmen sind auch an der völkerrechtswidrigen Plünderung palästinensischer Rohstoffe und/oder am Bau illegaler Siedlungen beteiligt.

Viele westliche Regierungen versuchen, die PalästinenserInnen daran zu hindern, beim Internationalen Strafgerichtshof (ICC) gegen Israel zu klagen. Vergangenen Juli hatten die USA gegen ein Untersuchungskommission zu Gaza gestimmt, mehrere EU-Mitglieder wie Frankreich, Deutschland und Grossbritannien haben sich der Stimme enthalten.

Die USA und Deutschland scheinen gewillt, ihre umfassende militärische Unterstützung Israels fortzusetzen. Die Europäische Union hält derzeit am Assoziierungsabkommen mit Israel fest, was Israel den Zugang zu EU-Märkten und -Programmen ermöglicht. Die kanadische Regierung hat sogar eine Reihe neuer Abkommen mit Israel beschlossen. Selbst jene Länder im globalen Süden, die sich klarer für das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung aussprechen, haben ihr symbolischen Gesten bislang nicht konkretisiert und militärische Beziehungen und präferentielle Handelsabkommen mit Israel aufgekündigt.

Angesichts der humanitären Katastrophe, die Gaza erlebt, und der Androhung weiterer Gräueltaten durch Israel rufen wir Regierungen und internationale Körperschaften auf, sofort aktiv zu werden, um

– zu gewährleisten, dass Israel für seine Kriegsverbrechen an PalästinenserInnen im Gazastreifen zur Rechenschaft gezogen und die palästinensischen Bemühungen um Gerichtsverfahren beim ICC unterstützt werden;

– die direkte Unterstützung israelischer Kriegsverbrechen beendet wird, indem unter anderem ein umfassendes Rüstungsembargo verhängt, die Freihandelsabkommen aufgekündigt und andere bilaterale Abkommen ausgesetzt werden, bis Israel das Völkerrecht einhält und die Abriegelung des Gazastreifens aufhebt;

– der Zivilbevölkerung des Gazastreifens sofortiger Schutz gewährt wird, unter anderem durch finanzielle und materielle Hilfe, damit die PalästinenserInnen die unendliche Not bewältigen können, unter der sie leiden.

Wir bedanken uns herzlich bei den unzähligen aufrichtigen Menschen und prinzipienfesten Organisationen weltweit, die sich mit unserem Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung solidarisieren, und rufen die internationale Zivilgesellschaft einschliesslich Gewerkschaften, NGOs, Basisorganisationen, Parteien und ParlamentarierInnen auf,

– sich der von PalästinenserInnen geführten globalen Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) anzuschliessen, die als zentrales Instrument sicherstellen kann, dass Israel für seine Völkerrechtsverletzungen im Gazastreifen und gegenüber allen PalästinenserInnen zur Rechenschaft gezogen wird; sowie Druck auf Universitäten, Banken und Pensionsfonds zu machen, damit sie ihre Gelder aus Unternehmen abziehen, die von der israelischen Besatzung und Kriegsverbrechen profitieren;

– Druck auf Regierungen machen, damit sie Waffenembargos und Handelssanktionen verhängen;

– Kampagnen gegen beteiligte Unternehmen zu führen, wie den Rüstungskonzern Elbit Systems, die Sicherheitsfirma G4S und zentrale Zulieferer der israelischen Rüstungsindustrie wie HP, die die israelischen Völkerrechtsverletzungen ermöglichen.

Unterzeichnet vom Palestinian BDS National Committee und 13 weiteren NGOs aus dem Gazastreifen, Dokument zum Download auf www.bds-info.ch

Die Kunst zu töten: Keine Zelebrierung von Israel am Locarno-Festival

Gabriel Ash

Das Filmfestival Locarno hat beschlossen, dieses Jahr im Rahmen der Carte blanche den Fokus auf Israel zu legen, und arbeitet dafür mit dem staatlichen Israel Film Fund zusammen. Unter Kulturschaffenden stösst dieser Entscheid auf Unverständnis und Widerstand. Ein Kommentar.

Wer immer gesagt hat, „wenn die Kanonen donnern, schweigen die Musen“, lebt nicht in der Schweiz und hat nicht erlebt, wie prächtig Kriegsgeschäft und Kunstgeschäft nebeneinander gedeihen. Denn der Kanonendonner vermischt sich gerade mit dem Gesang der Musen, die einstimmig die freie Schaffenskraft und künstlerische Freiheit besingen. Und je mehr Menschen bei dem Versuch, der tödlichen Falle des Krieges zu entkommen und abgeriegelte Grenzen zu überqueren, ums Leben kommen, desto mehr zelebrieren Festival-, Museums- und Theaterdirektoren die „grenzenlose künstlerische Schaffenskraft“.

There is no business like death business: Die Schweizer Armee hat vor, eine Viertelmillion Franken für Hermes-900-Drohnen von Elbit Systems auszugeben, weil die so viel besser sind als jene der Konkurrenz. 60 Prozent der weltweit seit 1985 verkauften Drohnen kommen aus Israel. Wie israelische Waffenhändler freimütig einräumen, liegt der Wettbewerbsvorteil, der diesem kleinen Land eine marktbeherrschende Stellung erlaubt, in der Besatzung. Drohnen werden wie die übrigen militärischen Geräte an PalästinenserInnen getestet. Die Brutalität der Besatzung schafft den Rahmen für jene Entwicklung technologischer Knowhows, die zu überlegenen Produkten, riesigen Absätzen und hohen Profiten führt. Während des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen letzten Sommer wurden 840 Menschen, das sind 37 Prozent der palästinensischen Opfer, von Drohnen getötet. Schweizer Unternehmen stellen derweil Bestandteile her, die im Ga-

zastreifen und dem Westjordanland unter Verletzung genau jenes Völkerrechts und jener Schweizer Gesetze zum Einsatz kommen, die die Schweizer PolitikerInnen so sehr hochhalten.

There is no business like show business: Während die Armee Drohnen möchte, die ihr bei der Überwachung der Schweizer Grenzen helfen, wird ein anderes Nebenprodukt der israelischen Besatzung, der Unterhaltungsfilm, am angesehenen Filmfestival von Locarno zelebriert. Denn laut Organisationskomitee soll in der Ausgabe von Sommer 2015 die „originelle, komplexe Filmindustrie“ dieses Landes ins Rampenlicht gesetzt werden. Auf der Suche nach einem Kino, das „Geschichten ohne Grenzen“ erzählt, hat Israel zweifellos Anrecht auf einen Spitzenrang. Aus zwei miteinander verbundenen Gründen: Erstens, weil so viele der jungen Israelis, die später Filmschaffende werden, ihr Erwachsenenleben damit beginnen, ziemlich wortwörtlich Grenzen zu überschreiten, mit Panzern, Truppentransportern und Kampfflugzeugen. Sie kommen mit dieser prägenden Erfahrung zurück, die eine reiche Quelle fruchtbarer künstlerischer und spiritueller Reisen sind, freundlicherweise zur Verfügung gestellt von der Zivilbevölkerung, an deren brutaler Behandlung sie beteiligt waren. Zweitens, weil Israel im Bewusstsein seines Paria-Status und seines Rufs, eine brutale, habgierige Siedlungspolitik zu betreiben, erhebliche Anstrengungen unternimmt und Beträge investiert, um sein Image mit einem starken Fokus auf Künste aufzupolieren, die gemäss israelischem Aussenministerium die „Visitenkarte

des Staates“ sind. KünstlerInnen und Kunst werden vom israelischen Aussenministerium offen und bewusst eingespannt, um „die hübschere Seite Israels zu zeigen, sodass man uns nicht nur im Kontext von Krieg wahrnimmt“.

Die rechte Hand tötet und die linke Hand wechselt das Thema. Beide hängen von der Komplizenschaft unserer gesellschaftlichen Institutionen ab.

Auf Kritik reagieren Waffen- und KunsthändlerInnen mit demselben Argument: Politisieren Sie nicht, vermischen Sie nicht Dinge, die nicht zusammengehören! Israelische Drohnen kaufen wir nur, weil sie die besten sind. Israelisches Kino präsentieren wir nur, weil es „originell und komplex“ ist. Die palästinensischen Menschenrechte sind wichtig. Aber nicht hier, nicht heute, nicht, wenn sie einem guten Deal im Weg stehen, nicht, wenn sie Unannehmlichkeiten bringen. Ruhe bitte, der Film beginnt gleich!

Aber, um mit Frederick Douglass zu sprechen, wer Veränderung ohne Unannehmlichkeiten will, denkt wie jene, die Regen ohne Blitz und Sturm wollen. Wir können nicht am Samstag Menschenrechte einfordern, wenn unter der Woche das Geschäft mit dem Krieg und der Weisswaschung israelischer Verbrechen ungestört weiterläuft.

Quellen

- www.gumfilms.com/projects/lab
- www.truth-out.org/news/item/30002-sixty-percent-of-global-drone-exports-come-from-israel-new-data
- www.corporatewatch.org/news/2015/feb/20/gaza-life-beneath-drones
- www.waronwant.org/attachments/Killer%20Drones,%20War%20on%20Want.pdf
- www.carlosommaruga.ch/drones-israeliens-cooperation-et-exportations-suisse-en-israel-pour-la-mise-au-point-de-drones-militaires/
- „This is an extremely exciting time for art and film in Israel. The creative energy in Tel Aviv is electric. Every day in Israel is like a TED Talk... Between film, writing and tech innovation, Israel is bursting out of its seams. Despite the situation. Or maybe because of it.“ www.scriptmag.com/features/columns/without-borders/emergent-israeli-films
- www.mfa.gov.il/MFA/About+the+Ministry/Structure+and+departments/Division+for+Cultural+and+Scientific+Affairs.htm
- www.nytimes.com/2009/03/19/world/middleeast/19israel.html

Siedlerkolonialismus am Beispiel Westsahara

Hanspeter Gysin

Neben Palästina ist die Westsahara ein weiteres Beispiel für Siedlerkolonialismus. Ein kurzer Überblick.



Siedlerkolonialismus bezeichnet die Besatzung und Beherrschung von Territorium, welches einer ansässigen Bevölkerung gehört, kombiniert mit der zusätzlichen strategischen Ansiedelung von Menschen, die der Kolonialmacht gegenüber abhängig und somit loyal sind. Das beschreiben anschaulich Petra Wild in ihrem aus raumplanerischer Perspektive verfassten Buch „Apartheid und ethnische Säuberungen in Palästina“ und Viktoria Waltz in ihrer Dokumentation „Von Basel nach Jerusalem“. Weil Siedlerkolonialismus über die Inbesitznahme von Territorium hinaus auch die demografische Zusammensetzung in den beherrschten Gebieten verändert und damit den Kolonisierungsprozess quasi unumkehrbar macht, ist dieser in mehrfacher Masse völkerrechtswidrig. Palästina ist das herausragende Beispiel dieser Art von Kolonialismus, jedoch nicht das einzige.

Nachdem die im 19. Jahrhundert von Frankreich, Italien und Spanien kolonisierten Staaten Nordafrikas die Unabhängigkeit erlangt hatten, blieb im Maghreb ein nachkolonialer Konflikt übrig, der weiterhin einer Lösung harret. Zwar geht es in diesem Fall nicht um ein von aussen aufgezwungenes,

vom westlichen Imperialismus massiv unterstütztes geopolitisches Projekt wie bei Israel, aber die Ungerechtigkeiten sind nicht minder gravierend.

Nach den Wirren des Zweiten Weltkrieges, während denen Marokko militärische Operationen spanischer, französischer, deutscher sowie US-amerikanischer Truppen über sich ergehen lassen musste, wurde das Land 1956 in einem Abkommen mit den Regierungen Frankreichs und Spaniens bis auf den Südwestteil, der erst 1975 frei wurde, und die Enklaven Ceuta und Melilla sowie einige kleine küstennahe Inseln im Mittelmeer, die auch heute noch spanischer „Besitz“ sind, von der Kolonialherrschaft befreit.

19 Jahre nach der Entkolonisierung besetzte das von den früheren Beherrschern eingesetzte marrokanische Königshaus erstmals Teile des Territoriums der angrenzenden Sahararegion und begann damit, die dort ansässige, in ihrer Mehrzahl beduinische Bevölkerung zu vertreiben. Seither wird das Territorium im Nordosten mit Sperranlagen abgeschottet und es werden, nach israelischer Manier, in massiver Weise völkerrechtswidrig Menschen aus Marokko in den besetzten Gebieten angesiedelt. Heute lebt ein gros-

ser Teil der sahrauischen Bevölkerung in Flüchtlingslagern auf algerischem Territorium.

Das marokkanische Königshaus beruft sich darauf, dass die Westsahararegion Jahrhunderte vor der Kolonisierung durch Spanien zu Marokko gehört habe und infolgedessen ein Anspruch auf Beherrschung des Gebiets bestehe. An diesem Interesse spielen mit Sicherheit auch die Bodenschätze im Gebiet eine Rolle (Öl, Phosphate etc.). Die saharauische Bevölkerung und die Befreiungsbewegung „Polisario“ hingegen berufen sich auf die Arabische Menschenrechtscharta, die das Recht aller Völker „auf Selbstbestimmung und die freie Verfügung über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel“ festhält und „Rassismus, Zionismus, Besetzung und Fremdherrschaft“ als „grundlegendes Hindernis für die Verwirklichung der grundlegenden Rechte der Völker“ bezeichnet. Sie betrachten folglich die proklamierte Abschaffung der Kolonialherrschaft, auf ihren Lebensraum bezogen, als noch immer nicht vollzogen.

Nun, die marokkanische Herrschaft pflegt umfangreiche, gute Beziehungen zu der Europäischen Union und zu den USA. Zwischen der marokkanischen Erdölbehörde und US-amerikanischen und französischen Erdölkonzernen bestehen rentable Geschäftsabkommen, teilweise Schürfrechte auf besetztem Territorium. Der EU werden von Marokko die Fischgründe an der saharauischen Westküste vertraglich zur Verfügung gestellt.

Das mögen Gründe dafür sein, dass die im Restgebiet der Demokratischen Arabischen Republik Sahara verbliebenen Saharais staatlichem Terror marokkanischer Besatzungstruppen ausgesetzt sind. Trotz formaler internationaler Anerkennung und einschlägiger UN-Resolutionen erhalten sie keine wirksame Unterstützung und sind medial kaum präsent.

Quellen

mehrheitlich von der Arabistin Erica Vasquez, u.a. auf www.muftah.org. Die Befreiungsbewegung der Westsahara wird in der Schweiz u.a. unterstützt von den Amigos del Pueblo Saharai Basel. Die Bücher von Viktoria Waltz und Petra Wild können bei uns für Fr. 25 bezogen werden.

Rote Karte für Israel in der FIFA

Eva Gammenthaler

Millionen von SüdafrikanerInnen jubelten am 16. Juni 1976 den Delegierten des FIFA-Kongresses in Kanada zu, die einen wichtigen Schritt auf dem Weg setzten, der schliesslich zum Zusammenbruch der Apartheid in Südafrika führte: Sie stimmten für den Ausschluss des südafrikanischen Fussballverbands aus der FIFA. Eine ähnliche Entscheidung steht nun für Israel an.



Dank den Stimmen der afrikanischen und asiatischen Mitgliedsverbände gehörte die FIFA zu den ersten Sportorganisationen, die Sanktionen gegen das Apartheidregime Südafrikas verhängten. Dies nach 15 Jahren erfolgloser Versuche, einen Ausschluss zu erwirken, während denen sich das Apartheidregime weiterentwickelte und vielen Menschen das Leben kostete. Der Boykott im Sportbereich sendete ein klares Zeichen, dass institutionalisierter Rassismus, wie ihn Apartheid-Südafrika praktizierte, nicht akzeptiert wird. Der Ausschluss Südafrikas von fast allen Sportanlässen zwischen 1960 und 1970 trug wesentlich zur Isolation des Regimes bei und spielte eine grosse Rolle im Kampf gegen die Apartheid.

Mit der Mitgliedschaft Israels in der FIFA und dessen Teilnahme an internationalen Wettbewerben wird heute die problematische Botschaft vermittelt: dass die Politik dieses Staates toleriert wird. Ganz konkret hat auch die un-

erträgliche Situation der palästinensischen Fussballwelt ihre Ursache in der Besatzungspolitik Israels.

Apartheid im Fussball bedeutet z.B., dass Mitglieder der palästinensischen Fussball-Nationalmannschaft ohne Prozess in Haft genommen werden. Mahmoud Sarsak war drei Jahre eingesperrt und wurde gefoltert. Nach den schweren Haftbedingungen und einem 92-tägigen Hungerstreik musste er seine Hoffnung auf eine Fussballkarriere begraben. Ahmed El Qatari wurde während der israelischen Angriffe auf den Gazastreifen am 8. August 2014 getötet. Nur einen Monat davor hatte er einen Vertrag beim FC Barcelona B unterschrieben.

Im israelischen Fussballverband befinden sich mehrere Klubs aus völkerrechtlich illegalen Siedlungen in den besetzten Gebieten. Der Trainer von Beitar Jerusalem sagte kürzlich, er werde aus Respekt vor den rassistischen Fans seines Vereins keine arabischen Spieler dulden. „Selbst

wenn ein Spieler professionell passen würde, würde ich ihn nicht aufnehmen, weil dies unnötige Spannungen schaffen würde.“ Rassismus ist im israelischen Fussball allgegenwärtig. Gerade die Fans von Beitar sind berüchtigt für ihre Gewaltbereitschaft und das Skandieren von Slogans wie „Tod den Arabern“. Während die FIFA gegen andere Länder für ähnliche Vorfälle Sanktionen verhängt, bleibt Israel unbestraft.

Wie der Fall Südafrikas zeigt, ist die Haltung der FIFA zu Rassismus und Apartheid theoretisch klar: Artikel 3 der FIFA-Statuten besagt: „Jegliche Diskriminierung eines Landes, einer Einzelperson oder von Personengruppen aufgrund von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Sprache, Religion, Politik oder aus einem anderen Grund ist unter Androhung der Suspension und des Ausschlusses verboten.“

Deshalb ergeht an die FIFA die Aufforderung, die eigenen Regeln zu befolgen und den israelischen Fussballverband auszuschliessen. Dagegen wehrt sie sich trotz wachsendem Druck aus der Öffentlichkeit. Die drohende Abstimmung über eine Suspension Israels am diesjährigen Kongress mündete in Bemühungen, zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Fussballverband zu vermitteln. Die ganze Absurdität dieser Vermittlungsversuche zeigte sich darin, dass FIFA-Präsident Blatter ein Freundschaftsspiel zwischen den beiden Mannschaften als Antwort auf die Forderung nach Ausschluss Israels propagierte. Dabei geht die FIFA vom falschen Bild eines Konflikts zwischen zwei gleichen Parteien aus und ignoriert, wie die Situation des palästinensischen Fussballs mit der rassistischen Besatzungspolitik zusammenhängt. Auch wenn das Suspensionsgesuch am diesjährigen FIFA-Kongress zurückgezogen wurde, langfristig führt kein Weg am Ausschluss Israels vorbei. Fussball ist politisch.

Israel, ein ethnokratischer Staat Interview mit Na'eem Jeenah

Stephanie Selg

In seiner Eigenschaft als Direktor des Afro-Middle East Center in Johannesburg hat Na'eem Jeenah 2012 den Sammelband „*Pretending Democracy: Israel, An Ethnocratic State*“ herausgegeben. Darin identifizieren renommierte WissenschaftlerInnen Israel als einen ethnokratischen Staat, vergleichbar mit anderen „Siedlerdemokratien“ wie Apartheid-Südafrika und Nordirland. Na'eem Jeenah entwickelt die Vision eines friedlichen Übergangs zu einem demokratischen Staat Palästina/Israel, in dessen Grenzen AraberInnen und JüdInnen, PalästinenserInnen und Israelis gleichberechtigt leben.



Na'eem Jeenah

Frage: Die Definition von Israel als einen „jüdischen und demokratischen Staat“ spiegelt immer noch die vorherrschende Meinung, die trotz des offensichtlichen Widerspruchs von jüdischen Israelis, zionistischen Organisationen und der öffentlichen Meinung in der Schweiz und anderen Ländern vehement verteidigt wird. In Ihrer Vorbemerkung zum Buch „Pretending democracy, living ethnocracy“ beschreiben Sie Israel dagegen als „jüdischen und ethnokratischen Staat“ und folgern, dass „Israel genauso jüdisch und demokratisch ist, wie Apartheid-Südafrika weiss und demokratisch war“. Warum sind ein jüdischer Staat und

der jüdische Nationalismus nicht vereinbar mit dem demokratischen Ethos?

Na'eem Jeenah: Israels Selbstdefinition als jüdischer Staat basiert auf der Enteignung und Diskriminierung der nicht jüdischen Bevölkerung, in diesem Fall der PalästinenserInnen. Schon die Staatsgründung führte zur Vertreibung von über 700 000 PalästinenserInnen und machte diese zu Flüchtlingen. Bis heute stehen die Interessen einer dominanten ethnischen Gruppe, der jüdischen Israelis, über den Interessen der anderen Bevölkerungsgruppen. Staatliche Mittel werden aufgrund von ethnischen Kriterien und nicht etwa aufgrund von Wohnsitz oder Staatsbürgerschaft vergeben. Israel ist allenfalls eine Demokratie für diese dominante ethnische Gruppe, so wie es Apartheid-Südafrika für seine weisse Bevölkerung auch war, aber keinesfalls ein demokratischer Staat für den etwa 20 Prozent ausmachenden nicht jüdischen Bevölkerungsteil des Landes und schon gar nicht für die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten. Ähnlich dem südafrikanischen Apartheidsystem charakterisiert sich das israelische System durch drei Hauptfaktoren: erstens die Unterscheidung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen nach ethnischen Kriterien in Rechtsetzung und Praxis. Dazu gehören massgebende Gesetze wie das israelische „Law of Return (1950)“, das „Citizenship Law (1952)“,

das „Israeli Absentee Property Law (1948)“ und das „Citizenship and entry to Israel law (2003)“; zweitens die geografische Segregation, also die Trennung von diesen Gruppen und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit; und drittens die Einführung und Durchsetzung einer ganzen Reihe repressiver Massnahmen, um die Überlegenheit und Bevorzugung einer ethnischen Gruppe zu garantieren. Dazu gehören Administrativhaft, Folter und aussergerichtliche Tötungen, aber auch die Verweigerung des Rechts auf Bewegungsfreiheit und des Rechts auf freie Wohnsitznahme. Diese drei Faktoren führen zu einem institutionalisierten System, das jüdische Israelis und israelische SiedlerInnen gegenüber palästinensischen Israelis und PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten bevorzugt. Ich sehe da grosse Ähnlichkeit mit der Situation unter dem südafrikanischen Apartheidsystem.

Was sagen Sie zu dem Argument, dass Israel den PalästinenserInnen politische Rechte gewährt? Dass diese wählen und in die Knesset gewählt werden können? Ausserdem gelten in Israel menschenrechtliche Standards und die Unabhängigkeit der Justiz scheint auch gewährleistet? Viele würden dies als Hauptmerkmale eines demokratischen Staates verstehen.

N.J.: Diese eingeschränkten politischen Rechte dienen als Feigenblatt einer illusorischen Form von Demokratie, vergleichbar mit den Zugeständnissen der südafrikanischen Nationalpartei in den frühen 80er-Jahren. Damals wurden „Inder“ und „Farbige“ als sogenannte Juniorpartner in das südafrikanische Politsystem aufgenommen. Dies erlaubte dem Regime, sich „demokratisch“ zu nennen. Die wenigen nicht weissen Ak-



Welche Konsequenzen ergeben sich, falls das ethnokratische Staatsmodell Israels und der jüdisch-ethnische Nationalismus, so wie Sie es in Ihrem Buch darstellen, nicht hinterfragt werden?

N.J.: Ich denke nicht, dass dies andere kulturelle Gemeinschaften dazu verleiten wird, analog die staatliche Abspaltung und die Gründung ihrer „eigenen“ Staaten ohne „die anderen“ voranzutreiben. Ich glaube aber fest daran, dass es völkerrechtliche Übereinkünfte und Standards gibt, welche für alle gleichermassen gelten sollten. Die Sonderstellung Israels muss ein Ende finden. Ich kann mir zum Beispiel nicht vorstellen, dass die internationale Gemeinschaft akzeptieren würde, wenn Indien plötzlich entschiede, die indische Staatsbürgerschaft nur an Hindus, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder ausserhalb Indiens leben, zu vergeben und das gleiche Recht den indischen Sikhs und MuslimInnen zu verweigern, um so eine Hindu-Mehrheit zu sichern.

Sie sagen, es bestehe die dringende Notwendigkeit, sich wegzubewegen vom ethnischen Nationalismus, hin zu einer Lösung, wo israelische JüdInnen und PalästinenserInnen in Würde, mit umfassenden staatsbürgerlichen Rechten und mit dem Stolz auf eine gemeinsame Nation zusammenleben. Was braucht es, um das ethnokratische Selbstverständnis Israels aufzubrechen und



entsprechende diskriminierende Gesetze und Praktiken zu überwinden? Und wie lassen sich die Erfahrungen aus der Antiapartheidbewegung im südlichen Afrika für ein fortschrittliches Konzept des Zusammenlebens in einer gemischten Nation in Israel/Palästina nutzbar machen?

N.J.: Der Grossteil des Landes in Israel kann heute von israelischen PalästinenserInnen nicht erworben werden und gehört der „jüdischen Nation“, die über die ganze Welt verteilt lebt und auch Menschen mit einschliesst, die noch nie in Israel waren und unter Umständen auch nie nach Israel reisen werden. Aus diesem Grund betrachte ich das israelische System mit seiner ethnischen Fokussierung in gewisser Weise als noch schlimmer als das südafrikanische Apartheidsystem. Der israelische Staat dient einer bestimmten ethnischen Gruppe nicht nur im Staatsgebiet selbst, sondern auch ausserhalb.

Ich bin überzeugt, dass der einzige Weg hin zu einer gerechten und friedlichen Lösung für alle nur darüber führt, dass Israel ein Staat für alle seine BürgerInnen wird. Ein Staat für alle, die darin leben, und für diejenigen, die daraus vertrieben wurden. Wie dies für alle Staaten dieser Welt gilt, muss die Staatsbürgerschaft künftig mit Aufenthalt und Wohnsitz und nicht mit ethnischen Kriterien verknüpft werden. Dabei ist es ganz wichtig, dass in einem künftigen israelisch-palästinensischen Staat das Rückkehrrecht sowie Wie-



dergutmachung für gestohlenen Land und Güter gewährleistet werden. Die Frage der Nation, die Einbeziehung von Minderheiten, Wiedergutmachung, eine nationale Verfassung, die Gestaltung von individuellen und kollektiven Grundrechten, die Auflösung von Bantustans in den besetzten Gebieten, die Gewährung von Bewegungsfreiheit für alle BürgerInnen, die Diskussion über das sozioökonomische Gefälle in der israelischen Gesellschaft und das Selbstverständnis aller BürgerInnen, Teil einer neuen Nation zu sein und an der gemeinsamen Zukunft zu bauen, sind ganz zentrale Punkte. Diese sollten schon heute diskutiert und Lösungsansätze gefunden werden.

In Südafrika haben wir es leider, trotz vieler positiver Entwicklungen, verpasst, diese zentralen Fragen vor und gleich nach dem Ende der Apartheid zu diskutieren. Dies hat zu der Situation geführt, in der sich viele SüdafrikanerInnen nicht als Teil der Nation, als Teil eines kollektiven Aufbaus der Nation verstehen. Die tiefen sozialen und ökonomischen Unterschiede im heutigen Südafrika und die unzureichenden Landreformen und Wiedergutmachungsmechanismen untergraben nach Ansicht vieler das Gefühl von Stolz auf die neue Nation. Ich denke, gerade diese Erfahrung kann im Zusammenhang mit dem Aufbau eines neuen Staates und dem Finden einer gerechten und friedlichen Lö-

sung für das Zusammenleben aller in Israel/Palästina von grosser Bedeutung sein.

Welche Rolle werden Wiedergutmachungsmechanismen und das Aufarbeiten von vergangenem Unrecht spielen und wie sollten diese aussehen?

N.J.: Eine grosse Herausforderung für den Aufbau einer künftigen gemeinsamen Nation wird es sein, Wiedergutmachung zu gewährleisten und die politische und sozioökonomische Integration derer, die in der Vergangenheit ausgeschlossen wurden, wie auch derer, die historisch bevorzugt wurden, zu garantieren. In Südafrika wurde die Wahrheits- und Versöhnungskommission nur mit der Behandlung von schweren Menschenrechtsverletzungen betraut. Dies hat sich für das Aufbauen eines gemeinsamen Nationalgefühls als unzureichend herausgestellt. Wichtige Aspekte wie die Verarmung unter dem Apartheidsystem wurden im nationalen Dialog nach der Befreiung ausgelassen. Deshalb würde ich sagen, dass der Wechsel von der Apartheid zu einer demokratischen Gesellschaft in Südafrika zwar auf der politischen, nicht aber auf der sozialen und ökonomischen Ebene erfolgreich war. Trotz umfangreicher Bildungsreformen gibt es in Südafrika zum Beispiel immer noch viele Kinder, die unter Bäumen unterrichtet werden, während andere

Zugang zu exzellenten, aber sehr teuren Schulen haben. Deshalb wird es im israelisch-palästinensischen Kontext sehr wichtig sein, neben schweren Menschenrechtsverletzungen die Verarmung der PalästinenserInnen, Landraub, das Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge und die Zerstörung von Eigentum in den nationalen Dialog mit einzubeziehen.

Ein wichtiges Element im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika war, dass das Regime an einem gewissen Punkt seine Legitimität auf internationaler Ebene verloren hat, ein Prozess, den auch Israel zunehmend zu spüren bekommt. Die internationale BDS-Bewegung wird dementsprechend nun auch von der israelischen Regierung als strategische Gefahr wahrgenommen. Welche Unterschiede sehen Sie im Vergleich zum Kampf gegen die Apartheid in Südafrika? Was sind die besonderen Herausforderungen und Strategien für die BDS-Bewegung im palästinensischen Kontext?

N.J.: Die internationale BDS-Bewegung gegen die israelische Apartheid und für das Rückkehrrecht und das Ende der Besatzung ist Teil des palästinensischen Widerstands. Die PalästinenserInnen sind die Hauptakteure und die internationale Solidaritätsbewegung sollte sie in ihrem Kampf unterstützen, genauso wie sie es für Südafrika getan wurde. Wir haben eine Verantwortung, die PalästinenserInnen zu unterstützen und international zu mobilisieren. Die palästinensische BDS-Bewegung ist in einer vergleichsweise kurzen Zeit sehr erfolgreich und effizient. Gewerkschaften, Universitäten, Studierendenverbände und viele mehr haben sich der Bewegung bereits angeschlossen und viele Boykottaufrufe haben schon Wirkung gezeigt. In Südafrika haben wir die BDS-Bewegung in den 60er-Jahren gegründet, aber erst 20 Jahre später Erfolge im Kampf gegen die Apartheid erzielen können.

Ich sehe allerdings auch grosse Unterschiede und Herausforderungen für die heutige BDS-Bewegung. Im Gegensatz zu Südafrika hat sich

Impressum

Palästina-Info Sommer 2015, Auflage 4500 dt., 1000 frz.

Herausgeberin: Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4020, 4002 Basel

Layout: Georg Iliev, popolo GmbH

www.palaestina-info.ch

info@palaestina-info.ch

Besten Dank für Ihre Spenden auf PC 40-756856-2

die politische Führung der PalästinenserInnen nicht klar hinter die BDS-Bewegung gestellt. Ganz im Gegenteil, sie hat sich in vielerlei Hinsicht als Hindernis herausgestellt. In Südafrika war der Einbezug der politischen Führung des Widerstandes ein wichtiger Punkt für die BDS-Bewegung, die sogar als vereinigendes Element innerhalb der verschiedenen politischen Fraktionen fungierte. Einen zweiten grossen Unterschied sehe ich in der Tatsache, dass es in den 80er-Jahren noch zwei Weltmächte gab, von denen die eine das Apartheidregime unterstützt hat und die andere nicht. Im israelisch-palästinensischen Kontext haben wir nur noch eine Weltmacht, die USA, welche unmissverständlich und kompromisslos hinter dem ethnokratischen Staat Israel steht. Auch die starke pro-israelische Lobby, einschliesslich christlich-zionistischer Organisationen in den USA und weltweit, ist etwas, womit sich der südafrikanische Widerstand damals nicht konfrontiert sah. Deshalb denke ich, die Befreiung der PalästinenserInnen und die Verhandlungen über einen künftigen gerechten und friedlichen Staat werden viel mehr Zeit benötigen als in Südafrika. Die BDS-Bewegung als zivile Basisbewegung hat einen ganz wichtigen Beitrag zu leisten, indem Druck auf nationale Regierungen und private Unternehmen ausgeübt und Israel bis zur Einhaltung von völkerrechtlichen Standards isoliert wird. BDS offeriert die Möglichkeit, sich friedlich für Gerechtigkeit und die Rechte der Unterdrückten einzusetzen und Apartheid und Rassismus in Israel/Palästina zu bekämpfen, genauso wie es in Südafrika geschehen ist.

Na'eem Jeenah ist Direktor des Afro-Middle East Center in Johannesburg, das sich mit politischen und sozialen Entwicklungen im Nahen Osten und Nordafrika beschäftigt. Er hat Politologie an der University of Witwaters-

rand in Johannesburg gelehrt. Als progressiver Muslim setzt er sich für religiöse Toleranz und Frauenrechte innerhalb der muslimischen Gemeinschaft ein. Seit vielen Jahren engagiert er sich auch für die palästinensische Sache, ist Gründungsmitglied des südafrikanischen Palästina-Solidaritätskomitees und im Vorstand des International Coordinating Networks für Palästina.

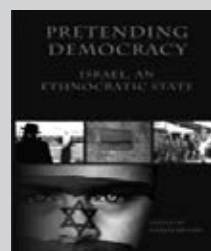
Jeenah wurde 1965 in Durban geboren und kämpfte in seiner Studienzeit gegen die Apartheid. Gemäss den rassistischen Apartheidgesetzen galt er als „Indian“.

Aus Anlass seiner Schweiz-Tournee sprach Na'eem Jeenah auch mit der WoZ, siehe Artikel von Markus Spörndli vom 14. Mai 2015, S. 13.

Pretending Democracy: Israel, An Ethnocratic State

geht über eine einfache Analyse des israelischen Staates hinaus. Es werden wertvolle Ideen und Denkmodelle zur Beendigung der israelischen Apartheid und zur Ermöglichung eines gerechten und friedlichen Zusammenlebens von israelischen JüdInnen und PalästinenserInnen in einer neuen Nation offeriert.

Bestellungen über den Shop von <http://amec.org.za/>



Die Kunst des Standhaltens



Roter Teppich zum Karama-Filmfestival für Menschenrechte im Gazastreifen, Mai 2015
<https://www.youtube.com/watch?v=c43d5CB3rt8>